Presseinformation

Nr. 616/2011

Kiel, Mittwoch, 14. Dezember 2011

Finanzen / Kommunale Haushalte

Wolfgang Kubicki, *MdL*
Vorsitzender

Günther Hildebrand, *MdL*
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, *MdL*
Parlamentarische Geschäftsführerin

Katharina Loedige: Land bietet Kommunen einen Ausweg aus der Abwärtsspirale

In ihrer Rede zu **TOP 3** (Entwurf eines Gesetzes zur Konsolidierung kommunaler Haushalte) sagt die finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Katharina Loedige**:

„So wie es das Ziel des Bundes ist, den fünf außerordentlich defizitären Ländern, zu denen leider auch Schleswig-Holstein gehört, aus dem finanziellen Schlamassel herauszuhelfen, muss es auch unser Ziel sein, die notleidenden Kreise sowie die kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen aus dieser Abwärtsspirale zu befreien.“ Die Zeit dafür sei günstig, so Loedige. Kreisumlage und Schlüsselzuweisungen seien insgesamt um knapp sieben Prozent gestiegen. Die Wachstums- und Beschäftigungszahlen seien gut und das Zinsniveau günstig. Außerdem entlaste der Bundesgesetzgeber die Trägerkommunen signifikant durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung.

„Einige Kommunen können das seit Jahren angesammelte Defizit aus eigener Kraft nicht mehr abbauen. Das Ziel des Landes muss es sein, sie bei der Haushaltskonsolidierung zu unterstützen.“ Dabei müsse klar sein, dass finanzielle Unterstützung nachhaltige Konsolidierungsbemühungen voraussetze. Deshalb sehe der Gesetzentwurf die Gewährung zusätzlicher Hilfen für betroffene Kommunen vor, verlange im Gegenzug aber einen verbindlichen Konsolidierungsplan. Es handele sich um ein freiwilliges Angebot des Landes an die Kommunen, betont Loedige.

„Richtig ist, dass von der Konsolidierungshilfe nur 15 Millionen Euro aus Landesmitteln zusätzlich zur Verfügung stehen, den Rest erbringt die kommunale Gemeinschaft durch Umschichtungen. Da Schleswig-Holstein selbst ein Konsolidierungsland ist und unter Beobachtung des Stabilitätsrats steht, ist eine andere Finanzierung gar nicht möglich.“ Aus kommunalpolitischer Sicht sei es verständlich, dass die Kommunen die Rücknahme des von einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung eingeführten Vorwegabzugs von 120 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich forderten. Die schlechte Finanzpolitik der Vorgängerregierungen lasse eine solche Rücküberweisung leider nicht zu. Das Versprechen des Spitzenkandidaten der SPD, bis 2017 diese 120 Millionen Euro an die Kommunen zurückzugeben, sei reine Bauernfängerei, so Loedige abschließend.

Frank Zabel, *Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: info@fdp.ltsh.de, Internet: http://www.fdp-sh.de/*

www.fdp-sh.de